

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelhessische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal wöchentlich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M. Durch Träger u. andere, Verkäufe und freies Haus monatlich 1,75 M., vierteljährlich 5,25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1,65 M., vierteljährlich 4,95 M. ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolajstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 20 Pf., Restamtliche 1,25 M.; außerhalb 25 Pf., Restamtliche je 1,75 M. Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 350

Donnerstag, 31. Juli 1919.

75. Jahrgang

Letzte Nachrichten

Drahtmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Das Schulabkommen.

Einigung zwischen Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie.

W. Weimar, 30. Juli.

In den letzten Tagen fanden hier Verhandlungen zwischen den beiden Parteien, die das bisherige Schulkompromiß tragen und den Demokraten in der Absicht, die drei Parteien in der kritischen Schul- und Bildungsfrage zu einigen. Nach längeren Verhandlungen kam es zu einer Einigung über den Absatz 2 des Art. 143, der nach dem gemeinsamen Antrag der drei Parteien folgendermaßen lautet: Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb auch im Sinne des Absatzes 1 nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundzügen des zu erlassenden Reichsgesetzes.

In die Uebergangsbestimmungen soll weiter folgende Bestimmung aufgenommen werden: Bis zum Erlaß des in Art. 143 Absatz 2 vorgesehene Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Reichsgesetz hat die Gebiete des Reiches, worin die nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, zu berücksichtigen.

Polizei-Erfolg durch Jungmannschaften.

W. Berlin, 30. Juli. Infolge der Heeresreorganisation kann die Polizei keine militärische Unterhütung gegen organisierte Verbrecherbanden und Unruhestifter erhalten. Daher wird eine Polizeitruppe aus lasernierten Jungmannschaften geschaffen, welche den ganzen Sicherheitsdienst zum Schutze der Staatsordnung, des Lebens und des Eigentums der Bürger durch Vairouillen, Patrouillen und Vereinfachung geschlossener Verbände vorsteht. Diese Einrichtung soll in allen preussischen Städten, die bisher eine staatliche Polizei hatten, geschaffen und auch den etwa gefährdeten Landgebieten zugunsten kommen. Die übrigen deutschen Staaten beabsichtigen eine ähnliche Einrichtung. Auch in dem nach dem Friedensvertrag militärischen Gebietsstreifen wird diese Polizei eingerichtet.

Der Grenzschutz in Posen.

W. Berlin, 30. Juli.

Die Abendblätter melden: Es ist keineswegs beabsichtigt, die Grenzschutztruppen aus den jetzigen Stellungen an der Demarkationslinie in den Kreisen Bromberg, Neustadt und Birnbaum vor der endgültigen Grenzregulierung zurückzuziehen. Im Gegenteil ist mit einem weiteren Einmarsch von Reichswehrtruppen zur Verstärkung des Grenzschutzes zu rechnen.

Die Ratifikation Belgiens.

W. Amsterdam, 30. Juli.

Der „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, daß der Kammerentschluß für auswärtige Angelegenheiten nach längerer Beratung dem Friedensvertrag zustimmte. Die Kammer werde über die Ratifikation in der nächsten Woche verhandeln.

Kolonialpolitik der Entente.

W. Bern, 30. Juli.

Der „Nouvelles de Lyon“ erzählt aus Paris, daß der Ausschuss zur Vorbereitung der neuen Kolonialkonvention keine Arbeiten demnächst beenden wird. Zwei Konventionen sind bereits fertiggestellt, die eine betrifft den Waffenschmuggel und soll künftig eine genaue Kontrolle über die Waffenslieferungen nach den Kolonien ermöglichen. Die Ausfuhr von Kriegsbedarf darf nur durch den Staat geschehen, der Privatverkauf wird durch Lizenzen geregelt. Die zweite Konvention betrifft den Spiritusvertrieb. Der Verkauf minderwertiger Spirituosen nach den Kolonien wird dadurch unterbunden, der Verkauf guter Qualitäten einer sehr strengen Kontrolle unterstellt. Die Revisionierung der Berliner Akte von 1885 und des Brüsseler Abkommens von 1870 dürften noch in dieser Woche geregelt werden.

Tschechisch-ungarische Verhandlungen.

W. Prag, 30. Juli. (Tschecho-Slow. Pressbüro.)

In der Antwort auf die Friedensversicherungen in der Note Bela Kunns verlangt Ministerpräsident Tuzar die Herabsetzung der ungarischen Truppen auf die durch die Friedenskonferenz festgesetzte Zahl, dann werde die Tschecho-Slowakei losgehen. Weiter verlangt die Erklärung, daß die ungarische Regierung mit der in der Schweiz eingeleiteten Gegenregierung keine Verbindung unterhalte und daß jede Feindschaft gegen die Tschecho-Slowakei unterlassen werde.

Ludendorffs Kriegsziele.

Die in der großen politischen Aussprache der letzten Tage so häufig erwähnte Denkschrift des Generals Ludendorff vom 14. September 1917 über die vom militärischen Standpunkt aus zu fordernden Kriegsziele wird jetzt ebenfalls veröffentlicht. Sie lautet u. a.:

Unsere Lage im Innern ist nach Angabe der Ressortvertreter schwierig in Bezug auf Futter und Kohle, in Bezug auf Kohle leider nicht unverändert durch Veräumnisse in früheren Monaten. Unsere Finanzwirtschaft ist außerordentlich angepannt. Durch die Reichstagsmehrheit ist unsere Lage im Innern zu einer wenig erfreulichen gemacht. Die Arbeiter- und damit auch die Erbschaften hat sich verhärtet. Nach meine aber, diese inneren Schwierigkeiten müssen durch die feste Leituna der jetzigen Regierung überwunden werden. Möglich ist es.

Österreich-Ungarn ist, wie ich es hier nicht näher erläutern will, für die nächsten Monate durchaus an uns gefesselt. Auch Bulgarien wird entgegenkommen, nachdem weilsch des Dobroa-Sees die Franzosen lokale Vorteile erlangen haben. Der Türken sind wir vorläufig sicher. Doch unsere militärische Lage gefesselt ist und der Unterseebootskrieg wirkt. Brauche ich nicht weiter auszuführen. Demgegenüber ist die Lage des Verbandes erheblich schwieriger.

Russland treibt der inneren Anstaltung immer stärker entgegen. Damit scheidet es als vollberechtigter Gegner immer mehr aus. Die inneren Zustände müssen eine Versplannung- und Selbstmitleid im Winter mit Sicherheit hervorrufen. Dieser Zustand wird auf Rumänien zurückwirken. Die Verhältnisse im Osten haben für uns eine sehr günstige Gestalt angenommen. Die übrigen Verbände, welche werden mit Russland und Rumänien nicht mehr im vollen Umfang rechnen können. Feindliche Erscheinungen weiß unser Bündnis nicht auf.

Italien rechnet aufstrebend auf einen Erfolg in der zwölften Monatschlacht. Der wird ihm veriaat bleiben. Die inneren Verhältnisse treiben damit zur Krise. Die Kohlennot muß sehr groß werden.

Doch das neue Ministerium in Frankreich für die Dauer kriegerischer sein wird als das Ältere, in nicht anzunehmen. Das Gegenteil ist zu erwarten. Auch Frankreich steht vor einer Kohlennot. Alle neuen Nachrichten aus Frankreich stimmen darin überein, daß der Unterseebootskrieg wirkt, daß die Ernährungsfrage schwierig ist, und daß die enalische Regierung mit harten sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Drang nach Frieden in England wird härter. Ich brauche mich hierüber nicht näher auszulassen. Sollte England ernsthafte Schritte unternehmen, so wäre das ein Zeichen, daß es nicht mehr erlaubt, den Krieg zu gewinnen. Von hier bis zu der Ueberzeugung, daß es nur noch verlieren kann, ist kein weiter Schritt.

Die Hoffnung des Verbandes seit Russlands Niedergang in Amerika. Es darf, wenn auch nicht unterläßt, auch nicht überschätzt werden. Zurzeit scheint England zu befürchten, daß die Führung des Verbandes an Amerika übergeht. Wie das Verhältnis zu Italien und seinen Bundesgenossen ist, mag dahinschleichen bleiben. Jedenfalls sind starke Reibungen unter den Gliedern des Verbandes entzündend.

Große kriegerische Erfolge hat das Jahr 1917 dem Verbands bisher nicht gebracht. Nur Mesopotamien ist von England gewonnen. Die großen Seffenerfolge an Lande und an Wasser stehen auf unserer Seite (U-Boot). Ich ziehe den Schluss: unsere militärische Lage ist günstiger als die des Verbandes, unser Bündnis ist fester. Die Schwierigkeiten im Innern sind bei uns geringer als bei dem Verbands. Trotzdem bin ich der Ansicht, daß ein

Friede für uns vor Beginn des Winters erstrebenswert ist, wenn er uns das Nötigste bringt, was wir zur Sicherstellung unserer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen, und uns in eine militärische und wirtschaftliche Lage versetzt, die uns einem neuen Verteidigungskrieg mit Ruhe ins Auge sehen läßt. Wir müssen einen Zuwachs an Land erhalten. Diesen finden wir nur in Aurland und Litauen. Bei der Haltung Polens müssen wir aus militärischen Rücksichten die Grenze Vitonens über Grodno nach Süden schieben und Oh- und Preßburg etwas verbreitern. Erst dann können wir Breiten schenken. Auch an einigen Stellen der Provinz Posen läuft die Grenze militärisch zu unzulässig. Wir müssen Ober-Schlesien auch durch Landgewinnung schützen. Eine Substantion der dort liegenden im feindlichen Besitz befindlichen Werke mit Uebertragung in deutsche Hand würde dies erleichtern.

Am Besten haben wir die beiden großen Zentren der lothringisch-luxemburgischen Erbsenden mit dem Saarrevier und das niederhessisch-weißhessische Industriegebiet, das sich nach der belgischen und holländischen Grenze zu immer mehr ausbauen wird. Der höhere Schutz dieser beiden Gebiete ist für uns eine Lebensfrage. Das lothringische Erbseden verlangt einen Geländezuwachs nach Westen. Je größer er ist, desto leichter wird die Sicherung. Was die holländische Küste für Vorkantgriffe auf England für dieses Land ist, das ist die Maaslinie bei Püttich in noch erhöhtem Maße für das Industriegebiet. Wir müssen das Gebiet an beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Vith fest in der Hand halten. Dieser feste Mittel in der Gindeleibung durch das Deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß ich dahingestellt sein lassen. Vorläufige scheint es mir noch nicht gefunden. Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisch-französisches Heer noch weiter zurückziehen. Dies kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirt-

schaftliche Anschluß wird ohne harten militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Befreiung von Püttich nicht ins Werk zu setzen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf. Ganz sicher wären wir erst, namentlich da der Tunnelbau Dover-Galais Wirklichkeit wird, wenn wir ganz Belgien militärisch besetzen und an der holländischen Küste hängen. Trotz aller Schwierigkeiten Englands können wir diese Ziele zurzeit nicht erreichen. Es fragt sich, ob wir um dieser Ziele willen den Krieg fortsetzen müssen. Das ist meines Erachtens der Fall, wenn die Engländer einen Gebietsstreifen in Frankreich (Cosa) behalten. Der Anschluß Belgiens an Deutschland wird zur Folge haben, daß bei einer klar ihr Ziel zu verfolgender Politik Holland an uns gezogen wird, zumal wenn sein Kolonialbesitz durch ein mit uns verbündetes Japan garantiert wird. Damit kommen wir wieder an die England gegenüberliegende Festlandküste und verwirklichen das Ziel, das die Marine schon jetzt in richtiger Erkenntnis seiner Bedeutung anstrebt.

Hierzu gehören außer Russland überseeische Absatzgebiete in Südamerika, ein Kolonialreich in Afrika und Skandinavienpunkte in oder außerhalb des Kolonialreiches.

Schluß mit der Erzbergerei!

W. Rom, 30. Juli. (Havas.) Bezüglich der Veröffentlichung von Dokumenten durch Deutschland wurde dem vatikanischen Korrespondenten der Agentur Havas erklärt, daß der Sachverhalt von Deutschland u. g. n. a. u. dargestellt und falsch interpretiert worden sei. Es handle sich keineswegs um von Frankreich und England ausgehende Friedensvorschlüge. Bei der kurz gehaltenen Abfassung der Mitteilung des englischen Botschafters an den Kardinal Gasparri habe es sich vielmehr um das Gegenteil gehandelt. Die habe die Gründe ausgezählt, die einen Frieden unmöglich machten, insbesondere jene, die Belgien beträfen. Der Heilige Stuhl habe eine Kopie mit einem Begleitschreiben an den König (?) übermittelt. Das sei alles gewesen. Die Dokumente würden veröffentlicht werden. Es wäre dies jedenfalls schon geschehen, wenn nicht der „Oliviero Romano“ infolge des Streiks der Buchdrucker am Erscheinen verhindert gewesen wäre.

Durch diese Erklärung des Vatikans fällt die ganze Beweisführung Erzbergers in sich zusammen. Herr Erzberger hat sich entweder selbst getäuscht oder er hat die Öffentlichkeit zu täuschen versucht, um seine Person zu retten. In beiden Fällen trifft Erzberger die Schuld, aus persönlichem Interesse eine furchtbare Erregung in das deutsche Volk getragen zu haben. Es ist ganz unmöglich, daß ein solcher Mann länger der Regierung angehören kann. Es ist Zeit, daß ein Mensch, der mit solcher Privatliebe seine persönlichen Interessen in den Vordergrund schiebt, schleunigst aus dem politischen Leben verschwindet.

W. Bern, 31. Juli.

Die in Mailand erscheinende, vatikanischen Kreisen nahestehende „Italia“ macht zu dem päpstlichen Vermittlungsversuch aus Rom folgende Ausführungen:

Die Enthaltungen Erzbergers, der während des Krieges eine so bedeutende und je nach den Zeiten und Umständen so verschiedenartige Rolle spielte, machten in Rom tiefen Eindruck. Werden die Dinge aber auf das richtige Maß zurückgeführt, so erscheinen sie weit bescheidener. Die englische Regierung behält die bekanntlich sofort den Empfang der päpstlichen Note und verpflichtete sich dabei, ihre Antwort mit der größten Vorsicht zu erwägen. Ende August oder Anfang September überreichte England der Kurie eine zweite Note, die eigentlich nicht eine Antwort auf die Botschaft des Papstes bildete, sondern sich nur darauf bezog, und entwickelte die Vorfrage, die es für die Stellungnahme zur Papstnote für nötig erachtete und die völlige belagliche Unabhängigkeit betraf. Auf diese Anfrage bezieht sich die von Pacelli abgeforderte Note. Will man also genau sein, so muß man sagen, daß es sich dabei nicht um einen englischen Friedensvorschlag, sondern um die Antwort auf die päpstliche Note handelte, die von der Staatskanzlei des Vatikans der deutschen Regierung übermittelt wurde, um deren Ansicht betr. die englische Vorfrage zu erfahren. Der Papst haute darauf Hoffnungen auf eine günstige Antwort, umso mehr als die Papstnote auf die Resolution des Reichstages gegnigt war. Die deutsche Antwort blieb jedoch negativ. Der Korrespondent fügt hinzu, daß der Papst um diese Zeit davon erfuhr, daß die Parteiführer im Reichstag in Anwesenheit des Kaisers mehrheitlich für Herausgabe und Wiedergutmachung Belgiens eintraten, daß man jedoch mehrheitlich beschloß, von einer öffentlichen Erklärung vorerst abzusehen. Weiter heißt es dann: Die in der deutschen Antwort auf die päpstliche Note fieberlich abgesehen eingeleitete Juli-Resolution genügt der englischen Regierung nicht. Dieser Gedankenaustausch zwischen England und dem Heiligen Stuhl und Deutschland wurde nie veröffentlicht, da er zu keinem Ergebnis geführt hatte. Der Korrespondent deutet zum Schluß auf die Verhandlungen auf Grund der Papstnote hin, wodurch bewiesen werde, welches Gewicht dieser in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 zukam.

Der „Corriere della Sera“ veröffentlicht einen außerordentlich heftigen redaktionellen Artikel gegen Erzberger, der jetzt nach dem Wunde gehe, den Annerionisten wie den Pazifisten spiele und durch Korruption gearbeitet habe. Nach dieser Sachlage können seine Enthaltungen nur auf Verdrehung der Tatsachen beruhen.

Deutschlands schwere Opfer.

mz. Berlin, 31. Juli. Von zählbarer Seite wird mitgeteilt: Die wirtschaftliche Kommission für die Ausführung der Friedensbedingungen, die zurzeit in Versailles mit den alliierten und assoziierten Regierungen über die Lieferung von Kohle, Chemikalien, den Wiederaufbau usw. unterhandelt, erstarrte in Weimar der Reichsregierung Bescheid. Es besteht bei allen beteiligten Stellen volle Klarheit darüber, daß die Ausführung des Friedensvertrages, insbesondere die Lieferung der Kohle, Deutschland im nächsten Winter die schwersten Opfer wirtschaftlicher Art auferlegen wird, daß jedoch gleichwohl leitens der deutschen Stellen energisch durchgegriffen werden muß, um die in den Friedensbedingungen und aufgezogenen Lieferungen, soweit dies objektiv irgend möglich ist, zu erfüllen. Die Kommission reiste am 28. Juli abends nach Versailles zurück, um die Verhandlungen mit den alliierten und assoziierten Regierungen fortzusetzen.

mz. Nach einer Rotterdamer Meldung des Berliner 'Sokolanzers' erklärte im englischen Unterhause Bonar Law auf eine Anfrage über den Milchmarkt in Deutschland, der sich durch die Ableserung der im Friedensvertrage verlangten 150.000 Milch Kühe noch verschlechtert werde, diese Milch Kühe würden gefordert, um die deutschen Requisitionen im besetzten Gebiet wieder aufzumachen; er habe aber zu erklären, daß die Ausführung dieser Bestimmung abhängig von den Beschlüssen einer Kommission, die die Tatsachen prüfen werde.

Der Wiederaufbau des zerstörten Gebiets.

mz. Gestern Abend reiste eine Kommission von deutschen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Versailles, um mit der französischen Unterkommission die Einzelheiten wegen der Bekämpfung freier Zivilarbeiter für den Wiederaufbau Nord-Frankreichs zu vereinbaren. Bei der Bekämpfung von freien Arbeitern für Nord-Frankreich wird, wie wir erfahren, abgesehen von den notwendigen Bürgschaften, für die persönliche Sicherheit und eine angemessene Unterbringung und Verpflegung von deutscher Seite auch auf die Festsetzung günstiger Arbeitsbedingungen gehalten werden und selbstverständlich auch darauf, daß die Ansprüche der Arbeiter aus der sozialen Gesetzgebung auch während ihrer Tätigkeit in Frankreich in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben.

mz. Die nach Versailles abgereichte deutsche Arbeiterdelegation besteht, wie vom Reichswirtschaftsamt veranlaßt worden ist, aus sieben Vertretern der einzelnen Gewerkschaften.

Rückkehr der Demokraten in die Regierung?

Aus Weimar meldet eine Nachrichtenstelle: Das Kabinett Bauer verhandelt mit den Demokraten über ihren Wiedereintritt in die Regierung. Sozialdemokraten und Zentrum wünschen die Wiederherstellung der Regierung in der Gestalt wie vor der Annahme des Friedensvertrages. Gerüchte, die von einer Amtsmäßigkeit des Ministerpräsidenten Bauer sprechen, sind mit Vorsicht aufzunehmen, wenn auch Bauer unverkennbar sich in seiner Rolle höchst ungemächlich fühlt.

Große Wareneinfuhr nach Deutschland.

Aus Bremen wird gemeldet: Nachdem der große Dampfer 'Aronus' mit 4000 Ballen Tabak bereits in Bremen eingetroffen ist und hier entlastet wird, ist auch der Dampfer 'Delta' von Amsterdam nach Bremen mit 5640 Ballen Tabak abgegangen. Weitere große Tabakeinfuhr steht bevor.

Wie der 'Deutschen Allgemeinen Zeitung' berichtet wird, droht der Import, der mit der Aufhebung der Blockade eingeleitet hat, den Hafen von Kristiania zu sprengen. Das dortige Hafengebiet ist derzeit mit Waren überfüllt, daß ein Teil der Waren im Freien liegt und teilweise dem Verderben anheimgegeben ist. In Kopenhagen liegen die Verhältnisse ähnlich.

Rücktritt des serbischen Kabinetts.

mz. Belgrad, 30. Juli. Der Ministerrat beschloß gestern die Demission des gesamten Kabinetts.

Amerika und die Türkei.

mz. Dem 'New York Herald' zufolge werden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich kein Mandat für Teile des türkischen Reiches übernehmen, jedoch unter Umständen England ein Mandat über Konstantinopel und Kleinasien übernehmen wird.

Ende des Streiks in den Siemens-Werken.

In den Siemens-Schuckert-Werken nehmen die Auszubildigen heute die Arbeit wieder auf.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 31. Juli.

Die Städte und die neuen Steuerpläne.

Die Vorstände des deutschen und des preussischen Städtetages trafen gestern in Berlin zusammen, um zu den Finanzplänen des Reiches, soweit sie bisher bekannt geworden sind, Stellung zu nehmen. Anwesend waren u. a. die Oberbürgermeister von Darmstadt, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Hannover, Halle, Magdeburg, Münster, Saarbrücken und Stettin, sowie Vertreter des bayrischen Städteverbandes und der Vereinigung der Finanz-Deputierten der größeren deutschen Städte. In Würdigung der schweren finanziellen Notlage des Reiches billigten die Vorstände beider Städtetage grundsätzlich die Einführung einer Reichseinkommensteuer; sie beschloßen jedoch, unverzüglich eine Abordnung nach Weimar zu entsenden, welche die Regierung um eine eingehende Darlegung ihrer finanziellen Pläne ersuchen und bei der Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen der Rationalversammlung die Interessen der städtischen Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Steuerwesens zur Geltung bringen soll. Besonders in der Richtung, daß den Städten die Berechtigung zur Erhebung selbständiger Einkommensteuern zugesichert erhalten bleibt und daß ihnen weitere Steuerquellen zum eigenen Ausbau überlassen werden.

Dienstjubiläum. Am 1. August sind 25 Jahre verfloßen, daß der Bureauassistent beim städtischen Amtmann Christian Scherer, in den Dienst der Stadt Wiesbaden getreten ist. Herr Scherer trat am 1. August 1894 als Akziseaufseher hier ein und ist seit dieser Zeit ununterbrochen beim Amtmann tätig.

Einzug von 50 Marknoten. Laut 'Berl. Lokalan.' ruft die Reichsbank durch öffentliche Bekanntmachung ihre 50 Marknoten mit dem Datum vom 20. Okt. 1918 auf. Die Besitzer werden aufgefordert, bis zum 10. Sept. ihre Noten dieser Ausgabe bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben.

Das Einschreiten gegen die Spielclubs in Ruhr- und Baderorten. In dem Einschreiten der polizeilichen Behörden gegen öffentliche Spielunternehmungen liegt jetzt die amtliche Verfügung an die Reinerungspräsidenten vor. Die Rechtslage heißt es darin, ist durch das Gesetz vom 1. Juni 1888 und § 285 des Reichsstrafgesetzbuches klar. Diese Voraussetzungen, die für Mitglieder oder eingeführte Gäste von Clubs vorliegen, sollen bei allen Spielclubs der Ruhr- und Kurorte von vornherein fort. Die Ortspolizeibehörden wurden deshalb angewiesen, mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen. Gegen die Inhaber ist ein Strafverfahren einzuleiten, die Spielunternehmungen sind zu verbieten und nötigenfalls zwangsweise zu schließen. Vielfach wird das pilzartige Aufwachsen der Spielclubs durch die Begründung verteidigt, daß sie Besucher anziehen und Geld in großen Mengen dem Verkehr zuführen. Das mag dem Aufschwung manchen Orts recht förderlich sein, aber uns scheint doch der Schaden weitläufiger zu überwiegen, den die Zerkleinerung der öffentlichen Moral durch diese 'Verführung' erleidet, der erfahrungsgemäß die wenigsten gemacht sind.

Ein Kaminbrand ist gestern Abend 8 Uhr im Hause Launusstraße, Ecke Sohlstraße, ausgebrochen, der von der Feuerwache mit gewohnter Promptigkeit gelöscht wurde.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Kurhaus. Die Nachmittagskonzerte im Kurgarten finden von heute Donnerstag ab bis auf weiteres wieder täglich von 4-5 1/2 Uhr statt.

Der Ralf. Verein für Naturkunde macht unter Führung des Herrn Penka am Sonntag, 10. August einen geologischen Tagesausflug nach dem Biederberg-Wider-Rüchheim. Abfahrt 7.30 vorm. mit Bahrtaxi nach Kurpark. Mundvorrat ist mitzunehmen.

Gulls Kloffs Schülerkonzert fand Samstag vor überfüllten Räumen statt und viele musiken umfassen. Vor dringender Wunsch wird Samstag, den 2. August, 5 Uhr im Frauenklub, Dornenstraße 15, 1. das Konzert wiederholt. Programm, am Saaleingang erhältlich, berechtigen zum Eintritt.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

ht. Frankfurt a. M., 30. Juli. Ein Zeichen der Zeit. Die Kriegskosten spiegeln sich in den zunehmenden Ehecheidungen. Während im ersten Vierteljahr 1918 die Zahl der rechtskräftig geschiedenen Ehen nur 70 betrug, steigerte sich ihre Zahl im gleichen Zeitraum dieses Jahres auf 1473, also um 2100 Prozent.

rmk. Darmstadt, 30. Juli. Ein Liebesdrama. An scheinend aus Wiesbaden wurde hat gestern Nacht der 30 Jahre alte G. Hechler dahier, Sohn eines Telegraphenbeamten, in der Wohnung seiner Eltern seine Braut, die eben eine Marie Seiferich, erschossen und sich dann einen tödlichen Schuß beigebracht, an dessen Folgen er ebenfalls erlegen ist. Nach den zurückgelassenen Briefen hat der junge Mann im vollen Einverständnis mit dem Mädchen gehandelt.

Sport.

Akademisches Schachturnier in Frankfurt. Der Jungliterarische Bund Bordia veranstaltet für alle immatrikulierten Kommilitonen ein Schachturnier um die Meisterschaft der Universität Frankfurt. Die Wettkämpfe werden in Gruppen ausgetragen und beginnen am 2. August. Das Schiedsrichtergremium hat Herr Geiger, Vorsitzender des Schachvereins, übernommen.

Volkswirtschaft.

Berliner Börse.

Montanwerte erhöht. Aus Berlin, 30. Juli wird gemeldet: An der Börse herrschte Geschäftstillheit bei geringfügigen Veränderungen. Auslandsbörsen waren fest, dabei teilweise etwas höher. Schiffsfahrtsaktien waren nahezu geschäftlos. Montanaktien durchsichtlich ein Pros. Böhm. Bodener und Bombardier zwei bis drei Pros. höher. Auf den übrigen Märkten waren keine erhebliche Veränderungen zu verzeichnen. Kriegsanleihe um 81.75 schwankend. Auch Schatzscheine und alte heimische Anleihen abwärts. Später aber wieder gehoben. Ingarische Renten auf den Zusammenbruch der Räteregierung ein bis drei Prozent höher. Oesterreichische Renten behauptet.

Table with 4 columns: V.K., L.K., V.K., L.K. listing various commodities and their prices.

Table with 4 columns: Berlin, 30. Juli, Devisenmarkt, Telegraphische Anzeigen für Brief, Geld, 29. Juli 1919, 30. Juli 1919, listing exchange rates.

Aus Bädern und Kurorten.

Bäderbesuch Wiesbaden: 25.228 (5847 Kurfremde, 19.481 Passanten). Baden-Baden 23.085, Brüdnenau 1422, Herrnsaß 2827, Homburg 4834, Karlsbad 6284, Riffingen 15.591, Marienbad 2971, Oberhof 4044, Orb 2442, Salschlitz 8024, Wildbad 5242.

Wasserstände am 30. Juli: Mannheim 5.16, Bingen 2.88, Rheingau 3.37, Raab 3.28, Koblenz 3.08, Röm 3.82, Duisburg 1.32, Ruhrort 2.22, Weick 1.92, Würzburg 0.02, Frankfurt 2.20, Koytanz 1.42, Heilbronn 0.46, Trier 0.70.

Comptroller: Bernhard Grothus. Verantwortlich für deutsche und ausländische Post: B. Grothus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Zeit: H. G. Eidenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: i. B. Hans Günther; für die Anzeigen: Joh. Schlier; sämtlich in Wiesbaden. Druck-Verlag der Wiesbadener Zeitungsdruckerei R. M. H. S.

Gartenstadt Wiesbaden Gemeinnützige Siedlungs- und Baugenossenschaft E. G. m. b. H.

Die Geschäftsstelle befindet sich ab heute Schiersteiner Str. Nr. 6, p. Bereits eingetragene Interessenten werden gebeten, dortselbst zur genauen Erklärung ihrer Mitgliedschaft, sowie Entgegennahme der Statuten baldigst vorzusprechen.

Der Vorstand.

Den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, wurden im

Maler- und Tünchergewerbe

die Löhne wie folgt festgesetzt: Der Stundenlohn beträgt ab 1. Juli für Gehilfen über 20 Jahre M. 2.10 für Gehilfen unter 20 Jahre " 2.00 Ab 1. August d. J. tritt eine weitere Erhöhung von 10 Pfg. die Stunde ein. Bei Berechnung der Preise kommt auf die vorstehend aufgeführten Löhne ein Betrag von M. 1.50 für Geschäftskosten usw. pro Stunde hinzu; mithin beträgt der zu fordernde Gesamtstundenlohn ab 1. Juli 1919 M. 3.60 ab 1. August 1919 " 3.70

An eine Herabsetzung der Preise dürfte in absehbarer Zeit nicht zu denken sein, da die Geschäftskosten für voraussichtlich noch lange auf der jetzigen Höhe halten. Eine Hinauschiebung der notwendig gewordenen Arbeiten wird nur eine weitere Vertauernung bedeuten, weil dadurch eine noch größere Zeit zur Wiederherstellung erforderlich ist. Wir ersuchen das p. Publikum, soweit als möglich durch Erteilung von Aufträgen mit dazu beizutragen, daß das Maler- und Tünchergewerbe in die Lage versetzt wird, seinen Angehörigen Beschäftigung zu geben und so die bestehende Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Der Vorsitzende: Weigeordneter Vorqmann. Für die Arbeitgeber: Chr. Maurer. Für die Arbeitnehmer: Ph. Holl.

Steuerzahlung für 2 Vierteljahre.

Infolge der vorliegenden besonderen Verhältnisse konnten die Vorarbeiten zur Erhebung der Staats- und Gemeindeabgaben für das Rechnungsjahr 1919 erst jetzt abgeschlossen werden, sodass die arbeitslosen Steuertermine nicht eingehalten werden können. Es ist daher notwendig, die beiden ersten Steuertermine aufzusuchen zu erheben. Die Steuerzettel werden im Monat August ausgestellt; die beiden ersten Raten sind innerhalb 14 Tagen nach Auslieferung zu entrichten. Wir verkenen nicht, daß die Entrichtung eines halbjährigen Steuerbetrages für viele Steuerzahler eine große Belastung bedeutet, es ist daher erforderlich, daß sich jeder steuerpflichtige Haushalt schon heute auf die Rückzahlung des halbjährigenbetrages einrichtet.

Dierbei bringen wir noch zur öffentlichen Kenntnis, daß folgende Zuschläge als Gemeindesteuer für das Jahr 1919 beschlossen und genehmigt sind und zwar: 270% sur Staatseinkommensteuer, 150% sur Gemein- und Betriebssteuer und 2 1/2% des gemeynen Wertes des Grundbesizes als Grundsteuer. Die Kanalbenutzungsgebühr ist um ein Viertel des letzten Jahresbetrages erhöht worden und beträgt bei Rieten von 300-600 M. 1 1/4% von 600-900 M. 1 1/2% über 900 M. 2 1/4% des Mietwertes.

Näheres siehe besondere Bekanntmachung im Amtsblatt. Besichtig der beschlossenen und genehmigten Erhöhung der Höhe der Publizitätssteuer um 200% und der von den Kinoatographen- u. Theateru zu entrichtende indirekten Steuer um 200 bzw. 300% wird auf die besondere Bekanntmachung im Amtsblatt verwiesen. Bei dem durch die Kriegskosten verursachten erhöhten Geldbedarf von Reich, Staat und Stadt wird auf die pünktliche Entrichtung der fälligen Steuern unbedingt gehalten werden müssen. Wiesbaden, den 29. Juli 1919. Der Magistrat. - Steuerverwaltung. des Dr. Sch.

Sonnenberg. - Bekanntmachung Als Erhas für fehlende Kartoffeln gelangen am Freitag den 1. August und Samstag, den 2. August a) 700 Gramm Kartoffelmehls zum Preise von 85 A. b) 500 Gramm Bohnenmehl zum Preise von 1 A. pro Person zur Ausgabe. - Ausgabestelle: Konsumverein in Wiesbaden und Umgebung, Wiesbadener Straße 12. Sonnenberg, den 30. Juli 1919. Der Bürgermeister, J. A. Wagner, Schöffe.

Sonnenberg. - Bekanntmachung Ausgabe von Butter und Käsefäden für Kranke an Freitag, den 1. August 1919 in der St. Hubertus-Apothekes Vorlage der Krankenkasse. Sonnenberg, den 30. Juli 1919. Der Bürgermeister, J. A. Wagner, Schöffe.